



ZEIT ZU WENDEN

20 FAKTEN ZUR WIRTSCHAFTSLAGE

DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK DER LETZTEN 20 JAHRE IGNORIERT DIE FAKTEN

Die letzten marktwirtschaftlichen Reformen liegen weit zurück. In den 2000er Jahren wurde Deutschland unter anderem mit der Agenda 2010, mit dem Heraufsetzen des Renteneintrittsalters, mit Steuersenkungen, mit der Einführung der Schuldenbremse sowie Leistungskürzungen in der Krankenversicherung vom „kranken Mann Europas“ zur „Wachstumslokomotive Europas“. Die 2010er Jahre waren eine konstante Wachstumsdekade.

Im Gefühl falscher Sicherheit, begünstigt durch glückliche äußere Umstände wie einen relativ günstigen Euro und Babyboomer-Generationen auf dem Höhepunkt ihrer Karrieren mit entsprechend hohen Beiträgen zum Steuer- und Sozialsystem, wurden die genannten marktwirtschaftlichen Reformen nach und nach rückabgewickelt.

Den Sozialversicherungen wurden immer größere Bürden auferlegt, obwohl absehbar war, dass die Babyboomer ab Mitte der 2020er Jahre in Rente gehen und die Beiträge dann sprunghaft steigen würden. Immer detailliertere staatliche

Vorgaben haben Bürokratie zum Investitionshemmnis Nummer eins gemacht. Ausstieg aus grundlastfähiger Energieerzeugung durch Kernenergie und Kohlekraft einerseits und stark subventionierter, aber unregelter Ausbau erneuerbarer Energien andererseits sorgen für Energiepreise, die Privathaushalte und Unternehmen unter Druck setzen. Statt gute Rahmenbedingungen für alle zu schaffen, verlor sich die Politik mehr und mehr in Einzelmaßnahmen und Einzelsubventionen.

Das Resultat von alledem: Der deutsche Wirtschaftsstandort und damit unser Wohlstand sind in Gefahr. Um das abzuwenden, müssen wir entschieden handeln. Es bedarf eines großen Reformkonzepts, das sowohl Steuer- und Sozialversicherungen als auch Energieversorgung und Bürokratie in den Blick nimmt.

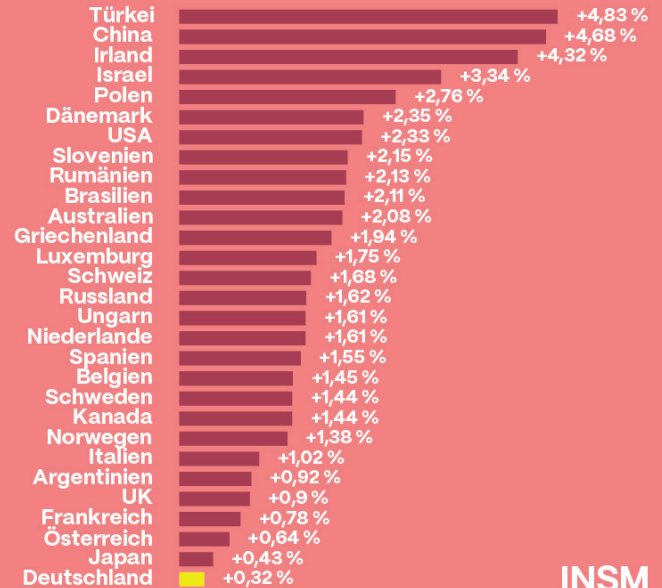
Diese Faktensammlung möchte dafür Argumente liefern: 20 Fakten, die zeigen, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Sie wurden im April 2026 gesammelt, als sich das von der Regierung selbst so bezeichnete „Zeitfenster der Reformen“ öffnete. Naturgemäß werden ein paar dieser Zahlen in den kommenden Monaten eine Aktualisierung erfahren. Am Gesamteindruck wird sich ohne Reformen aber nichts ändern: Es ist Zeit, zu wenden – mit Reformen, die schnell, spürbar und wirksam sind.

FAKT 1: 0,32 PROZENT WACHSTUM PRO JAHR

Seit Corona fasst die deutsche Wirtschaft nicht mehr Tritt – anders als unsere Mitbewerber. Berücksichtigt man die aktuellen OECD-Prognosen für dieses Jahr, ist die deutsche Wirtschaft von 2019 bis 2026 durchschnittlich nur um 0,32 Prozent gewachsen. Damit sind wir Schlusslicht im OECD-Vergleich. Faktisch steckt Deutschland also seit sechs Jahren in der Stagnation und damit in der längsten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik.

Auch die weiteren Aussichten sind negativ. Während für 2026 der Irakkrieg die primär auf Schulden und weniger Feiertagen gestützten Wachstumsaussichten gedämpft hat, ist es im weiteren Verlauf vor allem der demografische Wandel und die damit einhergehende Reduzierung der Arbeitskräftebasis, die uns bremst. Laut Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute wird das sogenannte Potenzialwachstum, also das Wachstum, zu dem die Wirtschaft unter normalen Umständen imstande ist, von aktuell ca. 0,2 bis Ende des Jahrzehnts auf 0 Prozent sinken. Das bedeutet: Ohne Reformen wird Deutschland auch absehbar nicht mehr wachsen.

DURCHSCHNITTLICHES WIRTSCHAFTS- WACHSTUM (2019–2026)



INSM

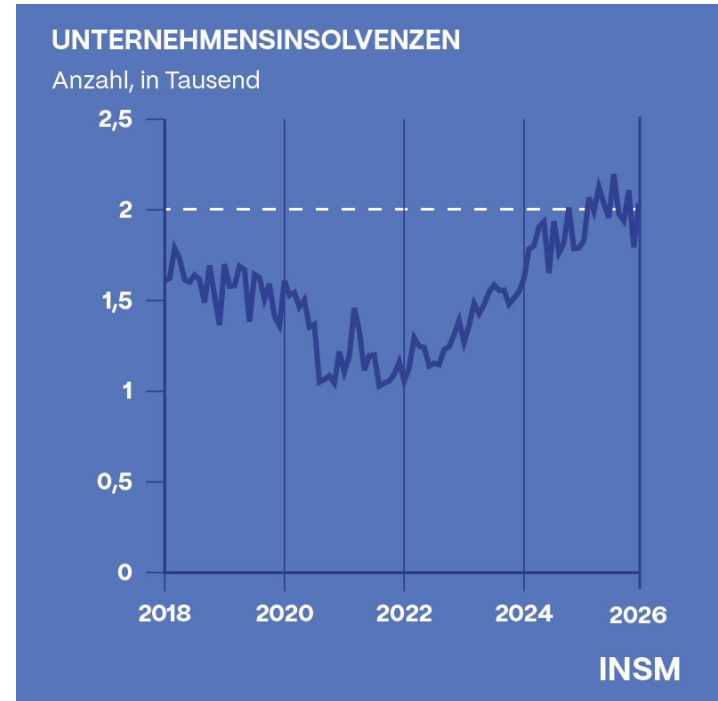
FAKT 2:

ALLE 22 MINUTEN EINE INSOLVENZ

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland nehmen in den letzten Jahren deutlich zu. Laut Destatis waren es im letzten Jahr 24.064 – rund 10,3 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Im Schnitt kam es also alle 22 Minuten zu einer Insolvenz.

Diese Entwicklung setzt sich auch in diesem Jahr fort: Im ersten Quartal 2026 erreichte die Zahl der Firmenpleiten laut Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) den höchsten Stand seit über zwanzig Jahren. Mehr als 4.500 Unternehmen meldeten in diesem Zeitraum Insolvenz an, ein Niveau, das zuletzt 2005 erreicht wurde. Das bedeutet, selbst im Zuge der weltweiten Finanzmarktkrise mussten nicht so viele Unternehmen in Deutschland ihren Betrieb einstellen.

Der IWH-Insolvenztrend zeigt zudem, dass die Insolvenzen im März 2026 sowohl gegenüber dem Vormonat (+17 Prozent) als auch gegenüber März 2025 (+18 Prozent) deutlich zugenommen haben.

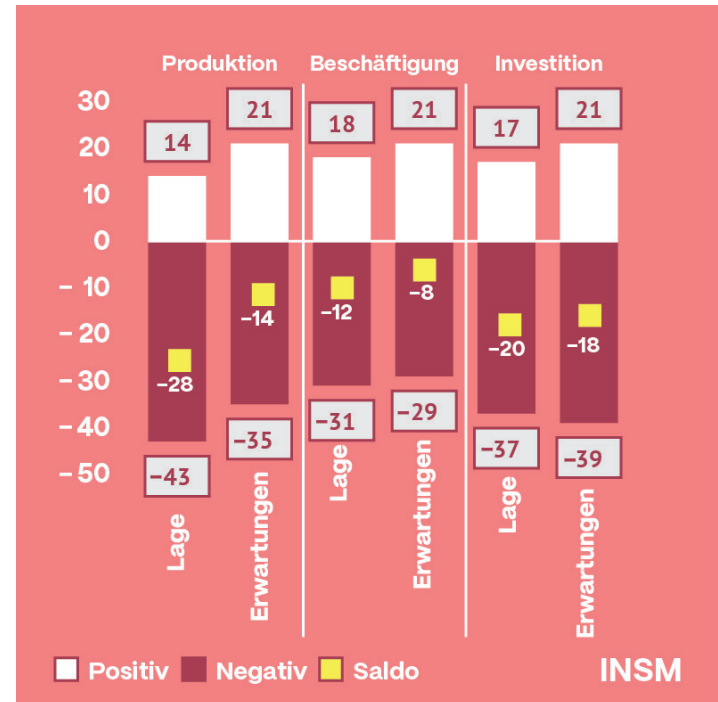


Quelle: Statistisches Bundesamt 2026

FAKT 3: LÄNGSTE PHASE NEGATIVER UNTERNEHMENSERWARTUNGEN SEIT 20 JAHREN

Schlechte wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Kombination mit geopolitischen Schocks durch Zölle und Kriege drücken auf die Stimmung in deutschen Unternehmen – trotz neuer Regierung und horrender Schuldenaufnahme.

In der IW-Konjunkturumfrage Frühjahr 2026 ist der Saldo der Lagebewertungen deutlich im negativen Bereich. Während nur knapp 14 Prozent der Unternehmen von einer besseren Geschäftssituation als vor einem Jahr berichten, sprechen ca. 43 Prozent von einer Verschlechterung. Nur 21 Prozent der befragten Unternehmen rechnen 2026 mit einer höheren Produktion als im Vorjahr. 35 Prozent haben hingegen schlechtere Produktionserwartungen. Damit befindet sich die deutsche Wirtschaft in der längsten Phase negativer Unternehmenserwartungen seit 20 Jahren. Zu investieren planen 21 Prozent mehr, aber 39 Prozent weniger; bei der Beschäftigung rechnen 21 Prozent mit mehr, 29 Prozent mit weniger Personal. Besonders schwach bleibt die Industrie: 42 Prozent der Firmen wollen dort weniger investieren, nur 19 Prozent mehr; 37 Prozent planen Stellenabbau, nur 14 Prozent Stellenaufbau.

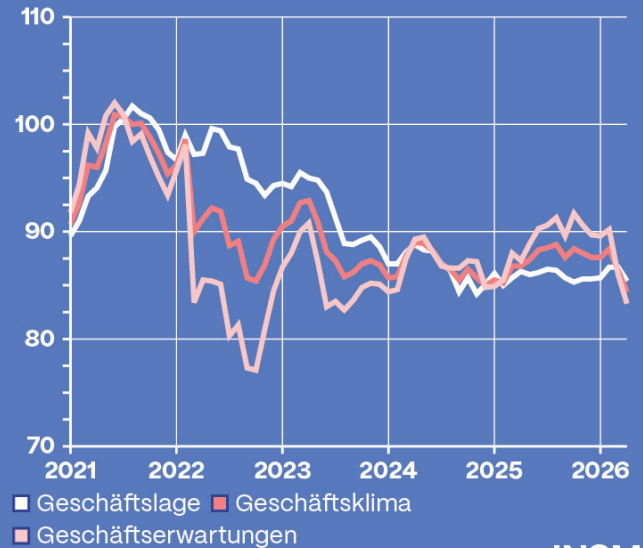


Quelle: IW-Konjunkturumfrage Frühjahr 2026

FAKT 4: GESCHÄFTSKLIMA FÄLLT AUF KRISENNIVEAU

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft kippt. Der ifo Geschäftsklimaindex sank im April 2026 auf 84,4 Punkte, nach 86,3 Punkten im März – der niedrigste Wert seit Mai 2020. Unternehmen bewerten ihre Lage schlechter und blicken deutlich pessimistischer in die kommenden Monate. Irankrise, Lieferengpässe und Kaufzurückhaltung durch Inflation belasten die Wirtschaft. Industrie, Dienstleistungen, Handel und Bau melden sinkende Erwartungen. Besonders im Bauhauptgewerbe ist die Hoffnung auf einen Aufschwung vorerst dahin.

IFO GESCHÄFTSKLIMAINDEX
Indexwerte, 2015 = 100, saisonbereinigt



INSM

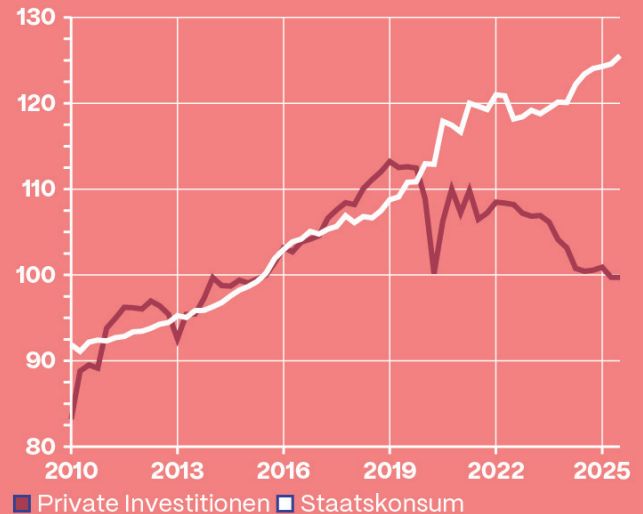
Quelle: ifo Geschäftsklimaindex (April 2026)

FAKT 5: STAATSKONSUM AUF REKORDNIVEAU, INVESTITIONEN ZURÜCK AUF 2015ER-NIVEAU

Seit 2020 driften Staatskonsum und private Investitionen in entgegengesetzte Richtungen. Während der staatliche Verbrauch kontinuierlich wächst, sind die privaten Investitionen eingebrochen und liegen auf dem Niveau von 2015. Dieses Wachstum des Staatskonsums wird nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die notwendige Haushaltskonsolidierung zunehmend zur Belastung werden. Außerdem werden finanzielle Spielräume angesichts einer alternden Bevölkerung immer weiter eingeengt und gefährden in Zukunft unsere Handlungsfähigkeit.

ENTWICKLUNG STAATSKONSUM UND PRIVATE INVESTITIONEN

Preis-, saison- und kalenderbereinigt; 2015 = 100

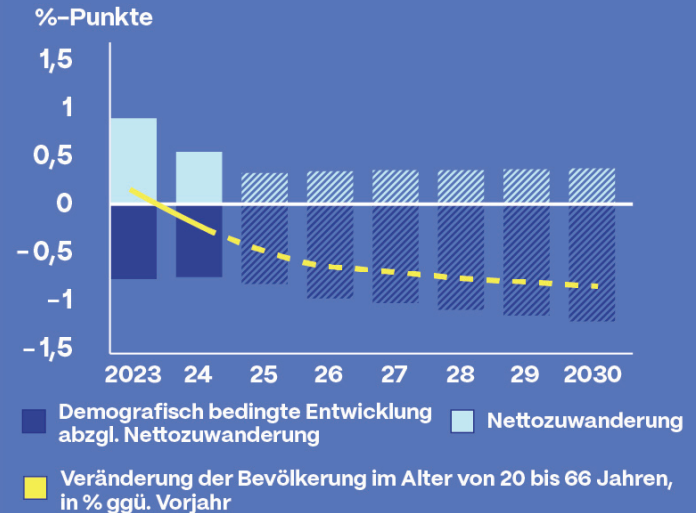


INSM

FAKT 6: ERWERBSPERSONEN- POTENZIAL SINKT IMMER WEITER

Der demografische Wandel reduziert unser Arbeitsvolumen: Das Erwerbspersonenpotenzial dürfte seinen Höchststand bereits im Jahr 2025 überschritten haben. Für das Jahr 2026 wird mit einem Rückgang der Erwerbstätigkeit um rund 100.000 Personen gerechnet. Auch in den nächsten Jahren wird das Erwerbspersonenpotenzial und damit unser Arbeitsvolumen weiter sinken – der Renteneintritt der Baby-boomer wird durch die Zuwanderung von außen nicht aufgewogen. Da auch keine so große Steigerung der Arbeitsproduktivität erwartet werden kann, die das ausgleicht, bedeutet das: Unser Wohlstand gerät unter Druck, schließlich hängt unsere Wirtschaftskraft von zwei Faktoren ab: Kapital und Arbeit. Vereinfacht ausgedrückt: Unser Wohlstand wird nicht mehr wachsen, weil unser Arbeitsvolumen schrumpft.

ERWERBSPERSONENPOTENZIAL SINKT Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials



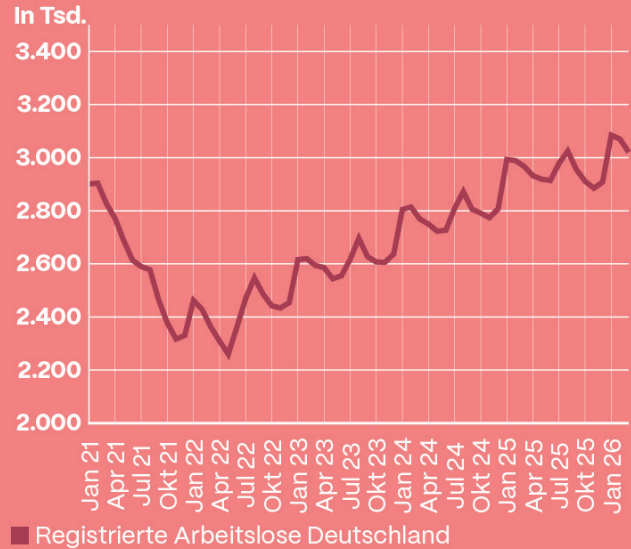
INSM

FAKT 7: MEHR ALS DREI MILLIONEN ARBEITSLOSE

Die Wirtschaftskrise kommt immer mehr auch auf dem Arbeitsmarkt an. Seit dem letzten Sommer liegt die Arbeitslosenzahl erstmals seit zehn Jahren bei mehr als drei Millionen (3,021 Millionen im März 2026). Die Arbeitslosenquote lag im selben Monat bei 6,4 Prozent. Parallel zu diesem Trend geht die Anzahl an Erwerbstätigen seit August 2025 zurück und liegt bei 45,5 Millionen. Die Institute gehen für dieses Jahr von einem weiteren Rückgang von 100.000 aus.

Dabei mangelt es nicht an offenen Stellen – es mangelt an der richtigen Passung zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen. Laut IAB gab es im vierten Quartal 2025 bundesweit nach wie vor 1,26 Millionen offene Stellen. Im vierten Quartal 2022 waren es noch fast zwei Millionen offene Stellen. Im Vorjahresvergleich (also zum vierten Quartal 2024) fällt dieses Minus mit 146.100 Stellen bzw. zehn Prozent ebenfalls beträchtlich aus.

REGISTRIERTE ARBEITSLOSE DEUTSCHLAND



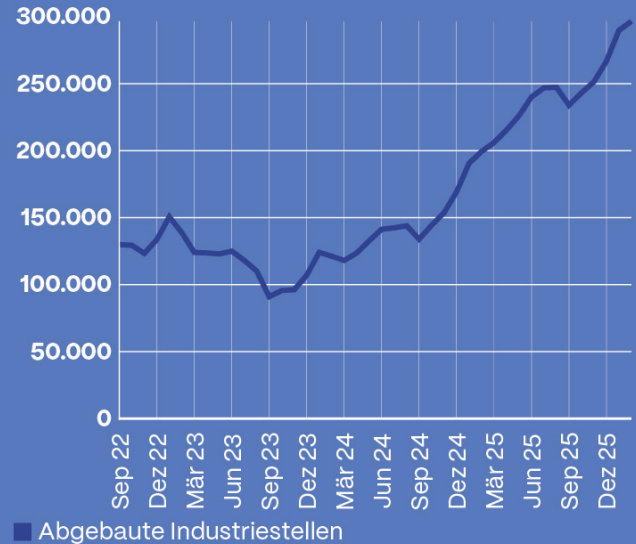
INSM

FAKT 8: 300.000 HOCHBEZAHLTE INDUSTRIE-JOBS WENIGER

Die Krise auf dem Arbeitsmarkt ist eine Krise der Industrie. Allein in der Metall- und Elektroindustrie sind seit 2019 rund 300.000 Stellen abgebaut worden. Das sind im Schnitt 112 Jobs pro Tag. Experten der Beratungsgesellschaft EY erwarten aufgrund einer niedrigen Auftragszahl und Wettbewerbsdruck eine Fortsetzung dieses Trends.

Während in der Industrie Arbeitsplätze abgebaut werden, wächst die Beschäftigung vor allem im öffentlichen Sektor, insbesondere in der Verwaltung, sowie im Gesundheitswesen. Da die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe deutlich höher ist als in diesen Bereichen, geht diese Verschiebung mit einem Verlust an Wertschöpfung und Wohlstand einher.

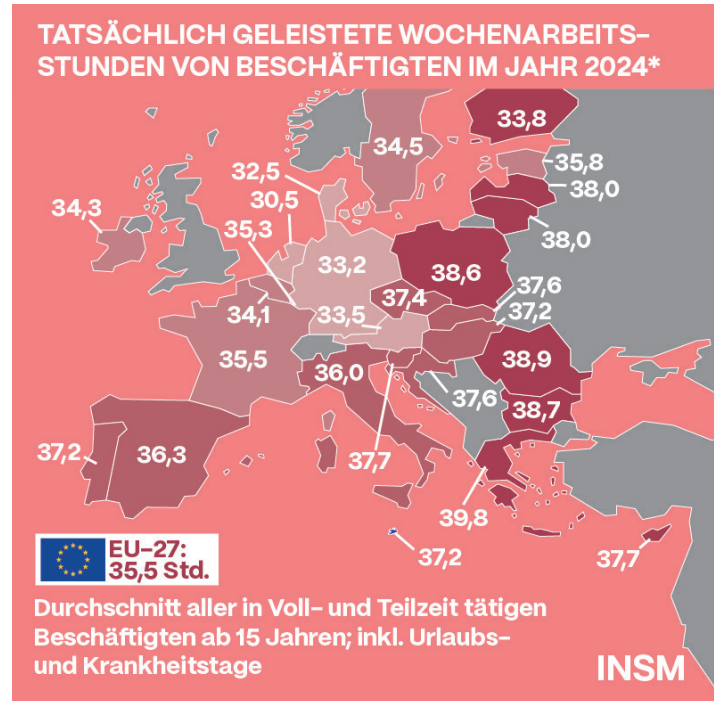
ABGEBAUTE STELLEN IN DER M+E-INDUSTRIE IM VERGLEICH ZU 2019



INSM

FAKT 9: DEUTSCHLAND AUF HINTEREN PLÄTZEN BEI WOCHENARBEITSZEIT

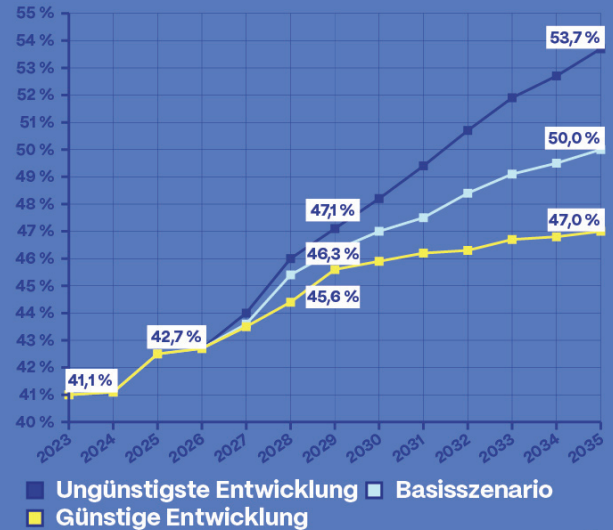
Im EU-Vergleich der tatsächlichen Arbeitszeit liegt Deutschland auf dem drittletzten Platz. Unter Einbeziehung von Urlaub und Krankheit arbeiten Beschäftigte ab 15 Jahren im Durchschnitt 33,2 Stunden pro Woche. Nur in Dänemark und den Niederlanden ist die Wochenarbeitszeit noch geringer. Unser Wohlstand kann nicht mehr wachsen, weil das geleistete Arbeitsvolumen schrumpft. Wesentliche Gründe für Teilzeitarbeit liegen vor allem in den mangelhaften finanziellen Anreizen für Mehrarbeit – unter anderem durch zu hohe Steuer- und Abgabenlast, aber auch die bisherige kostenlose Mitversicherung nicht arbeitender Ehepartner in der gesetzlichen Krankenversicherung. Darüber hinaus sind aber auch die Betreuungsangebote in Deutschland nach wie vor nicht ausreichend.



FAKT 10: SOZIALABGABEN 2035 BEI 50 PROZENT

Projektionen des IGES-Instituts zeigen, dass die Sozialversicherungen in den kommenden Jahren stark unter Druck geraten. Für die gesetzliche Krankenversicherung wird bereits 2027 eine Finanzierungslücke von bis zu zwölf Milliarden Euro erwartet. Insgesamt dürfte der Gesamtsozialversicherungsbeitrag von 42,96 Prozent im Jahr 2026 auf rund 43,6 Prozent im Jahr 2027 steigen und bis 2035 etwa 50 Prozent erreichen. In einem ungünstigen Szenario sogar fast 54 Prozent. Damit wäre das ursprüngliche Ziel einer maximalen Abgabenquote von 40 Prozent weit überschritten.

GESAMTSOZIALVERSICHERUNGSBEITRAGSSATZ: Projektion der Entwicklung

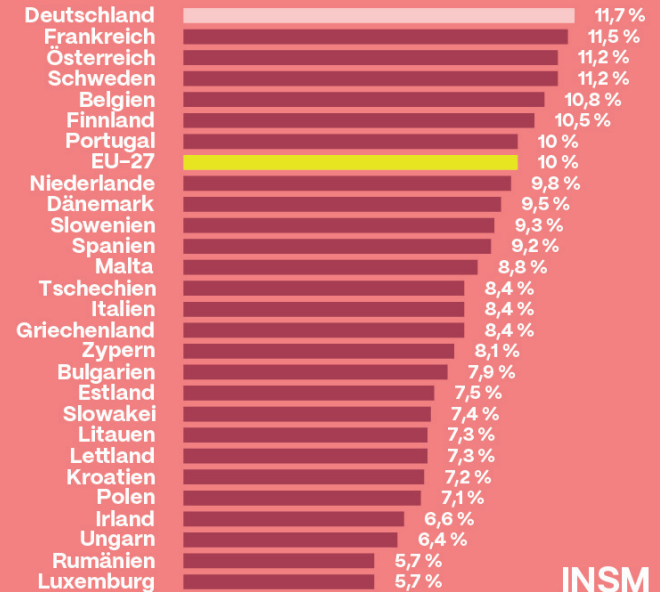


INSM

FAKT 11: HÖCHSTE PRO-KOPF- GESUNDHEITSKOSTEN IN DER EU

Deutschland hat das teuerste Gesundheitssystem in der EU. Mit 5.414 Euro pro Kopf im Jahr lagen die Gesundheitsausgaben 2023 höher als in jedem anderen EU-Mitgliedstaat. Das sind 11,7 Prozent des BIP. Der hohe Mitteleinsatz geht jedoch nicht mit einer entsprechend hohen Versorgungsqualität einher. Im OECD-Vergleich leistet sich Deutschland überdurchschnittliche Gesundheitsausgaben, weist aber eine nur durchschnittliche Qualität auf, wie unter anderem an durchschnittlicher Lebenserwartung erkennbar ist. Dieses Auseinanderfallen von Input- und Outputqualität weist auf strukturelle Defizite, Ineffizienzen und Schwächen in der Versorgungsorganisation hin. Die hohen Ausgaben treffen also auf ein System, das vorhandene Ressourcen nicht konsequent dort einsetzt, wo sie die größte Wirkung entfalten. Das zentrale Problem ist deshalb nicht ein Mangel an Geld, sondern ein Aufbau, der Mittel bindet, ohne Versorgung automatisch besser zu machen.

LAUFENDE GESUNDHEITSAUSGABEN IN DER EU-27 2023 in % des BIP



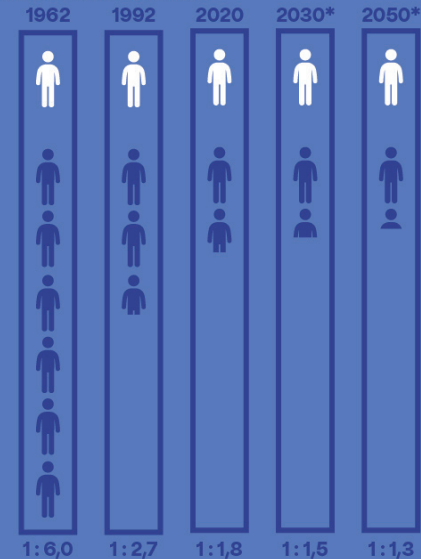
INSM

FAKT 12: DAS UMLAGESYSTEM STEHT KURZ VOR DEM FINANZIELLEN KOLLAPS

Das Verhältnis von Altersrenten zu Beitragszahlern zeigt die ernstzunehmenden Folgen des demografischen Wandels in Deutschland auf. 1962 standen in Deutschland noch sechs Beitragszahler für eine Altersrente ein. 2020 waren es nur noch 1,8. Tendenz weiter fallend – nach aktuell gültigen Vorausberechnungen sinkt das Verhältnis bis 2050 auf etwa 1,3 zu 1. Dieses Schrumpfen der Beitragsbasis bedeutet: Immer weniger Junge müssen für immer mehr Ältere aufkommen.

Das Umlagesystem stößt damit unweigerlich an seine finanzielle Grenze. Steigende und irgendwann nicht mehr tragbare Beitragssätze, gepaart mit immer höheren, ebenfalls bald nicht mehr finanzierbaren Steuerzuschüssen wären die logische Folge – mit erheblichen Belastungen für Arbeitsplätze, Investitionen, Wachstum und öffentliche Haushalte. Ohne strukturelle Reformen droht die Rente so zu einem Bremsklotz für den gesamten Wirtschaftsstandort zu werden.

VERHÄLTNISS VON ■ ALTERSRENTEN ZU ■ BEITRAGSZÄHLERN



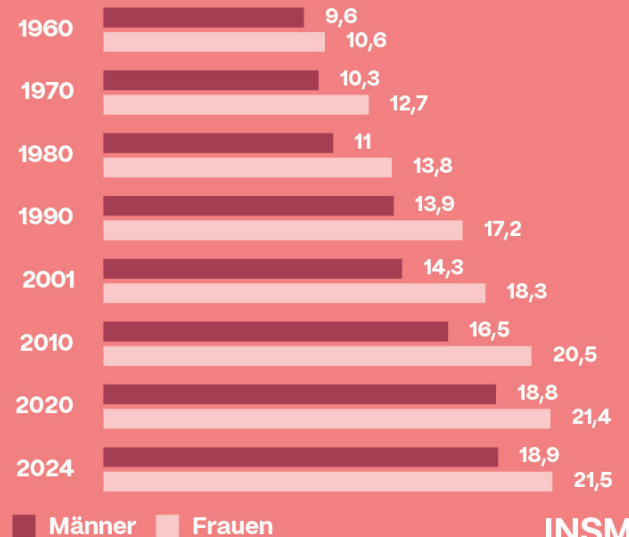
*Prognosen

INSM

FAKT 13: DIE RENTENBEZUGSDAUER HAT SICH MEHR ALS VERDOPPELT

Der demografische Wandel hat noch eine zweite Facette: Wir werden glücklicherweise immer älter – arbeiten aber nicht im gleichen Maße länger. 1960 erhielten Männer in den alten Bundesländern ihre Rente im Schnitt 9,6 Jahre, Frauen 10,6 Jahre. Bis 2024 hat sich diese Bezugsdauer mehr als verdoppelt: Männer 18,9 Jahre, Frauen 21,5 Jahre. Mit der wieder steigenden Lebenserwartung wächst der finanzielle Druck auf das Rentensystem weiter.

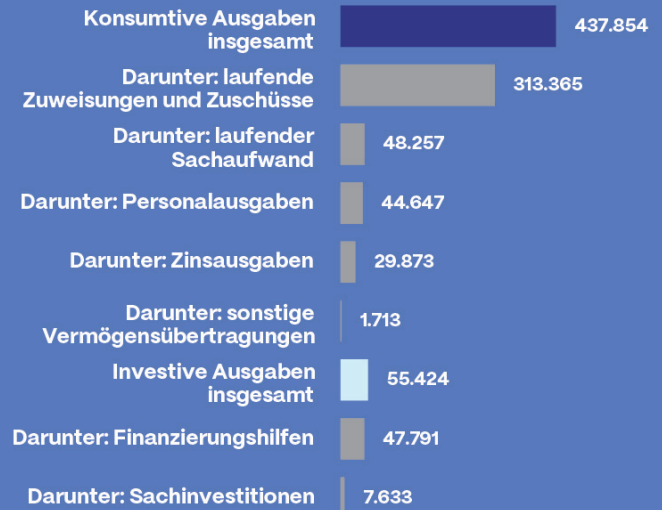
GESETZLICHE RENTENVERSICHERUNG: durchschnittliche Rentenbezugsdauer in den alten Bundesländern seit 1960



FAKT 14: BUNDESAUSGABEN STEIGEN VOR ALLEM BEI KONSUMAUSGABEN

Von Januar bis März 2026 gab der Bund 129,8 Milliarden Euro aus, 7,1 Milliarden Euro mehr als im Vorjahreszeitraum. Zwar stiegen die investiven Ausgaben prozentual stärker, doch absolut wuchsen die konsumtiven Ausgaben deutlich mehr: +5,7 Milliarden Euro gegenüber nur +1,5 Milliarden Euro bei den investiven Ausgaben. Besonders problematisch: Der Anstieg der Investitionen beruht maßgeblich auf Darlehen an die Bundesagentur für Arbeit, den Gesundheitsfonds und die Pflegeversicherung. Die echten Sachinvestitionen lagen dagegen sogar 0,1 Milliarden Euro unter dem Vorjahr. Damit läuft die Haushaltspolitik dem eigenen Anspruch hinterher: Die Koalition hatte zusätzliche Investitionen, Haushaltskonsolidierung und eine Eindämmung konsumtiver Ausgaben angekündigt.

HÖHE DER KONSUMTIVEN UND INVESTIVEN AUSGABEN DES BUNDES IM HAUSHALTSJAHR 2025 (in Millionen)



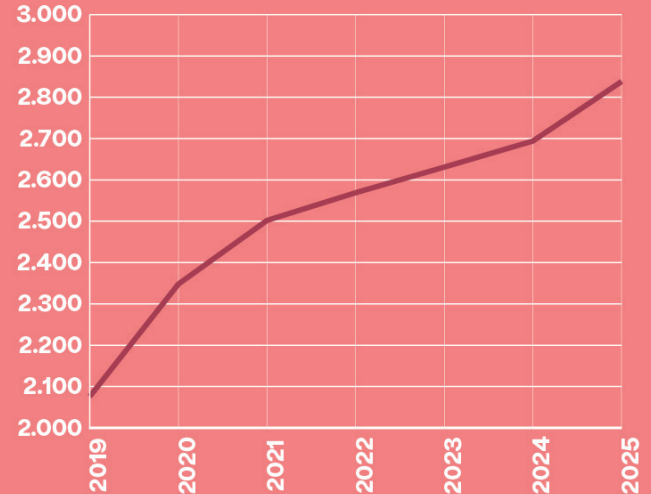
INSM

FAKT 15: REKORD- VERSCHULDUNG MIT EINER ZINSLAST VON ÜBER 30 MILLIARDEN 2025

Die deutschen Staatsschulden sind 2025 um weitere 144 Milliarden Euro auf insgesamt 2,84 Billionen Euro gestiegen. Das entspricht einer Zinslast von 30,43 Milliarden Euro für die öffentlichen Haushalte pro Jahr. Das ist mehr als der Etat des Bundesverkehrsministeriums im Haushalt 2026. Besonders stark wuchsen die Verbindlichkeiten des Bundes, einschließlich seiner Extrahaushalte, um 107 Milliarden Euro. Insgesamt stieg die Schuldenquote um 1,3 Prozentpunkte auf 63,5 Prozent des nominalen BIP – also über die laut Maastricht-Vertrag zulässige Grenze von 60 Prozent.

DEUTSCHE STAATSSCHULDEN

In Mrd. €



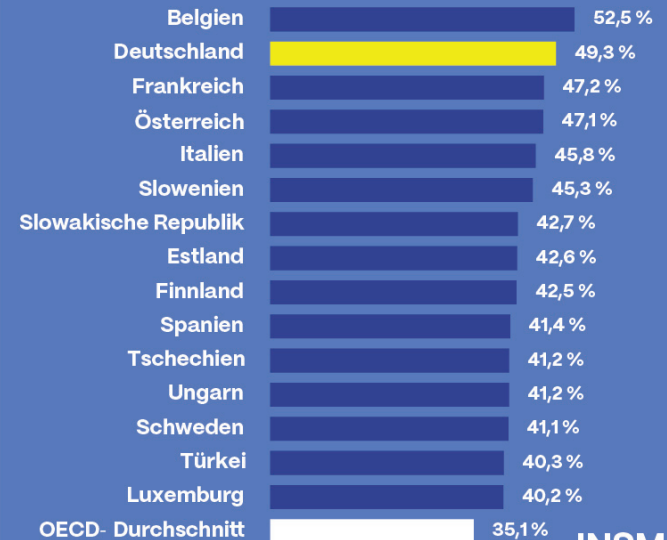
■ Schuldenstand

INSM

FAKT 16: DEUTSCHLAND MIT ZWEITHÖCHSTER STEUER- UND ABGABENLAST

Die Steuer- und Abgabenquote für einen kinderlosen Single mit Durchschnittseinkommen liegt in Deutschland bei 49,3 Prozent – der zweithöchste Wert in der OECD. Anders als oft behauptet ist auch die Belastung für Familien hoch: Eine Familie mit zwei Kindern, in der beide Ehepartner arbeiten, gibt laut OECD im Schnitt 42,6 Prozent ihres Einkommens als Steuern und Abgaben an den Staat ab. Im OECD-Durchschnitt sind es nur 29,8 Prozent. Während andere Länder ihre Systeme entlasten oder stabil halten, wächst hierzulande der Druck auf das Einkommen weiter. Leistung lohnt sich dadurch nicht genug. Das zeigt sich unter anderem an der hohen Teilzeitquote: Der Wechsel in Vollzeit rechnet sich oftmals genauso wenig wie die bezahlte Überstunde.

STEUER- UND ABGABENQUOTE FÜR EINEN KINDERLOSEN SINGLE MIT DURCHSCHNITTS- EINKOMMEN



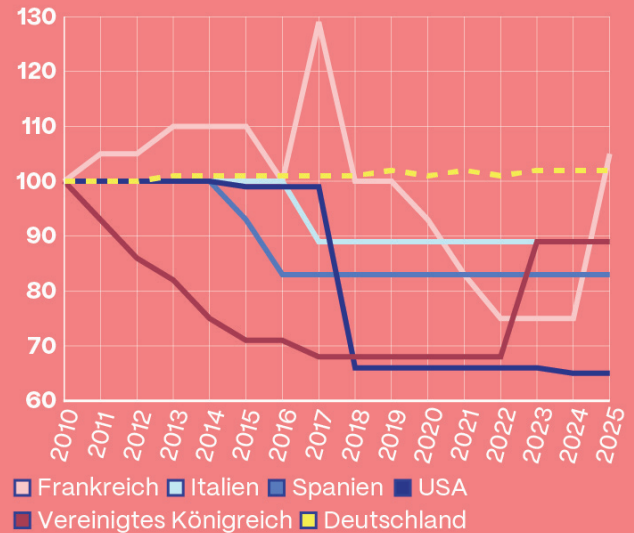
INSM

FAKT 17: DEUTSCHLAND HAT IM OECD-VERGLEICH MIT DIE HÖCHSTEN UNTERNEHMENSTEUERN

Deutschland zählt bei der Unternehmensbesteuerung zu den teuersten Standorten der OECD. Der tarifliche Steuersatz für Kapitalgesellschaften lag 2024 bei 30,1 Prozent und damit deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 23,9 Prozent; regional waren es sogar bis zu 36 Prozent. Damit hatte Deutschland 2024 die dritthöchste tarifliche Steuerbelastung für Kapitalgesellschaften in der OECD – nur Kolumbien und Portugal lagen noch darüber. Auch zeitlich fällt Deutschland zurück: Während viele OECD-Staaten ihre Unternehmensteuern seit 2008 gesenkt haben, ist die Belastung hierzulande durch höhere Gewerbesteuerhebesätze leicht gestiegen. Wettbewerber wie die Schweiz mit 19,6 Prozent oder Österreich mit 23,0 Prozent liegen spürbar darunter, während Länder wie Ungarn oder Irland mit sehr niedrigen Sätzen gezielt Investitionen anziehen. Auch beim effektiven Steuersatz zeigt sich ein ähnliches Bild: Deutschland erreicht 26,7 Prozent und liegt damit erneut klar über dem OECD-Mittelwert von 22,1 Prozent. Eine Kurskorrektur ist notwendig.

ENTWICKLUNG DER STEUERSÄTZE FÜR KAPITALGESELLSCHAFTEN

Index mit 2010 = 100; einschließlich lokaler Zuschläge



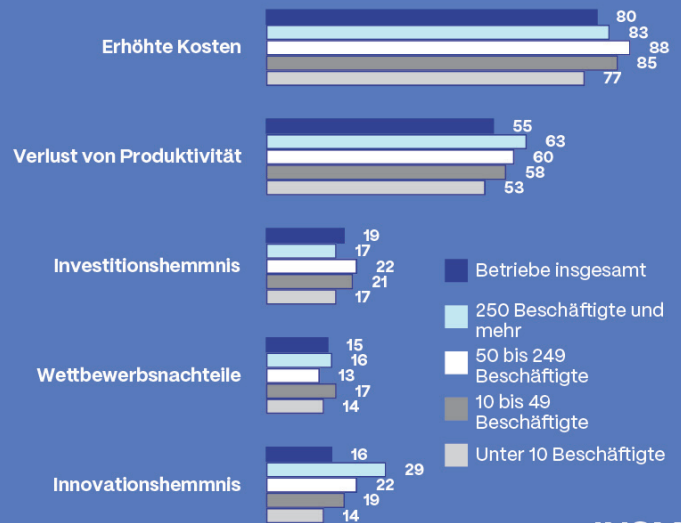
INSM

FAKT 18: BÜROKRATIE KOSTET 146 MILLIARDEN EURO UND FRUSTRIERT BETRIEBE

Laut ifo kostet die überdurchschnittlich ausgeprägte Bürokratie Deutschland rund 146 Milliarden Euro Wirtschaftskraft pro Jahr. Unternehmen verlieren Arbeitszeit durch Dokumentationspflichten, Berichtspflichten, Genehmigungsprozesse und die Freistellung von Beauftragten. Das bindet Personal, verzögert Investitionen und lässt weniger Raum für Innovationen. Laut Betrieben waren in den vergangenen drei Jahren zusätzlich 325.000 Arbeitskräfte nötig, um die gewachsene Bürokratie zu bewältigen. Entsprechend sehen 81,1 Prozent der Unternehmer in einer Civey-Studie im Auftrag der INSM Bürokratieabbau als wichtigste Wachstumsmaßnahme. Viele verbinden Bürokratie zudem mit negativen Gefühlen: 42,9 Prozent nennen Wut, Zorn oder Aggression, 25,4 Prozent Verwirrung und 24,0 Prozent Ohnmacht. Der NKR-Jahresbericht 2025 zeigt zwar einen Rückgang des Erfüllungsaufwands, dieser beruht aber nur teilweise auf echten Entlastungen. Das Grundproblem bleibt: Bürokratie kostet Wachstum, Arbeitskraft und Vertrauen.

FOLGEN DES WACHSTUMS BÜROKRATISCHER ANFORDERUNGEN SEIT 2022

Angaben der Betriebe im 1. Quartal 2025, Anteile der betroffenen Betriebe in Prozent

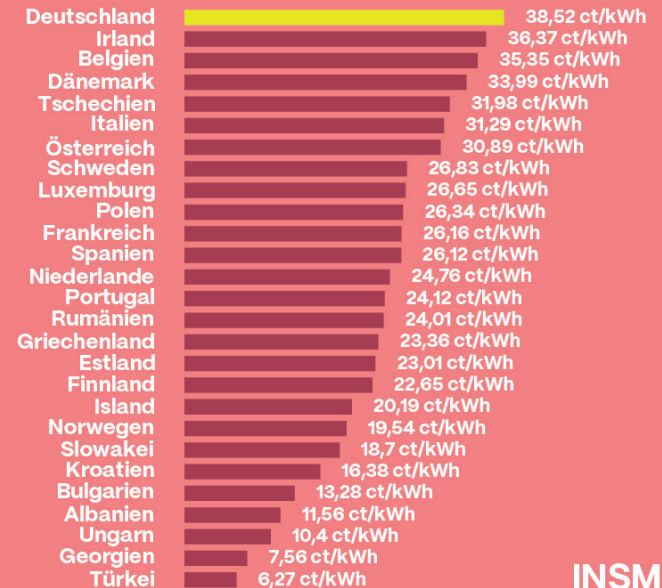


INSM

FAKT 19: STROMPREIS- SPITZENREITER IN DER EU

Deutschland bleibt beim Strompreis Spitzenreiter: Im Schnitt haben Haushalte in Deutschland im Jahr 2025 38,52 ct/kWh ausgegeben. Damit zahlt ein Durchschnittshaushalt mit 3.383 kWh Verbrauch rund 1.303 Euro im Jahr. Auch Unternehmen tragen eine überdurchschnittliche Last: Gewerbekunden zahlen 30,52 ct/kWh, wie der Monitoringbericht der Bundesnetzagentur 2024 zeigt. Im internationalen Vergleich zeigt sich die Belastung besonders deutlich: Der Industriestrompreis lag 2024 in Deutschland bei 13 ct/kWh, in den USA und China dagegen jeweils nur bei 8 ct/kWh. Damit zahlen deutsche Industriebetriebe rund 60 Prozent mehr als wichtige Wettbewerber. Diese Preise sind das Resultat eines festgefahrenen, planwirtschaftlich geprägten Energiesystems und schwächen den Standort.

STROMPREIS HAUSHALTE IM JAHR 2025

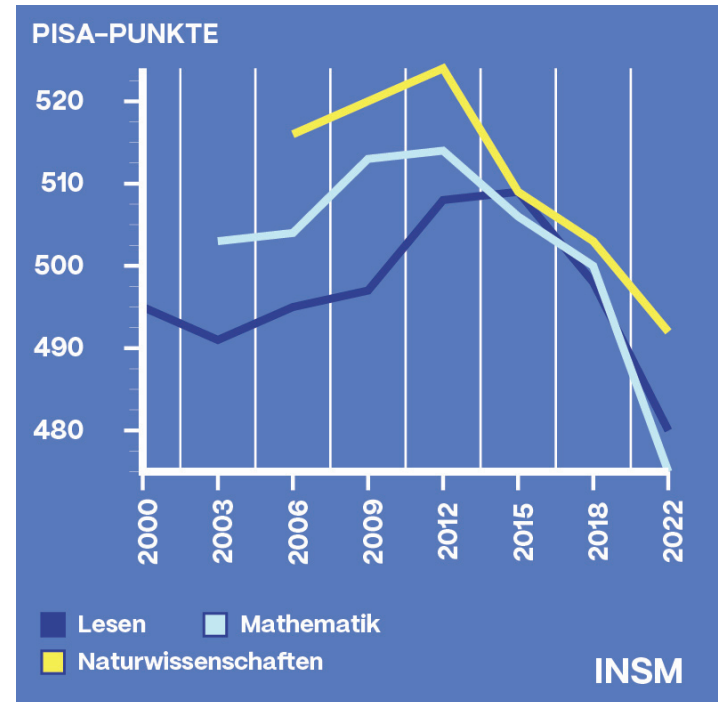


INSM

Quelle: eigene Berechnungen, basierend auf OECD-Daten 2026

FAKT 20: JEDER DRITTE SCHÜLER VERFEHLT MINDESTSTANDARD

Die Leistungen deutscher Schüler sind in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. In der PISA-Studie 2022 erreichte Deutschland nur noch 475 Punkte in Mathematik, 480 Punkte im Lesen und 492 Punkte in Naturwissenschaften. Besonders problematisch ist der hohe Anteil leistungsschwacher Schüler: In Mathematik verfehlen rund 30 Prozent, im Lesen rund 25 Prozent die grundlegenden PISA-Mindeststandards. Ursachen reichen von zunehmender Zuwanderung von Familien aus bildungsfernen Schichten bis zur zunehmenden Nutzung digitaler Medien. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird es umso wichtiger, dass kleinere Jahrgänge bestmöglich ausgebildet werden, um ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu sichern und den Fachkräftebedarf zu decken.



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (IW) 2026

QUELLEN

Fakt 1:

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2026 https://www.ifo.de/sites/default/files/secure/prognosen/gd-20211014/20260401-gd-f/20260401-GD-Fruehjahr-2026_Publikation.pdf

Fakt 2:

Statistisches Bundesamt: Unternehmensinsolvenzen 2025
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/03/PD26_085_52411.html
IWH-Insolvenztrend 2026
<https://nachrichten.idw-online.de/2026/04/09/iwh-insolvenztrend-firmenpleiten-auf-hoechstem-stand-seit-mehr-als-zwei-jahrzehnten>

Fakt 3:

IW-Konjunkturumfrage Frühjahr 2026
https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2026/IW-Report_2026-Konjunkturumfrage-Fr%C3%BChjahr-2026.pdf

Fakt 4:

ifo Geschäftsklimaindex (April 2026)
<https://www.ifo.de/pressemitteilung/2026-04-24/ifo-geschaeftsklimaindex-gesunken-april-2026>

Fakt 5:

KfW Research: Verdrängt der Staatskonsum die Investitionen? 2026
<https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2026/Fokus-Nr.-531-Januar-2026-Staatskonsum.pdf>

Fakt 6:

BMWE: Erwerbspotenzial sinkt 2025
<https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Infografiken/Wirtschaft/2026/entwicklung-des-erwerbspersonenpotenzials-jahreswirtschaftsbericht-2026.html>
Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2026 https://www.ifo.de/sites/default/files/secure/prognosen/gd-20211014/20260401-gd-f/20260401-GD-Fruehjahr-2026_Publikation.pdf

Fakt 7:

IAB-Monitor Arbeitskräftebedarf (April 2025)
<https://iab-forum.de/iab-monitor-arbeitskraeftebedarf-4-2025/>
Statistisches Bundesamt: Arbeitslose in Deutschland (April 2026)
<https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Arbeitsmarkt/arb110.html#241568>
Statistisches Bundesamt: Erwerbstätige (April 2026)
<https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Arbeitsmarkt/arb510a.html>

Fakt 8:

Gesamtmetall 2026
Seit 2019 fast 300.000 verlorene M+E-Arbeitsplätze
tagesschau: Mehr als 120.000 Jobs in der Industrie verloren (Februar 2026)
<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/industrie-baut-2025-mehr-als-120000-stellen-ab-100.html>

Fakt 9:

Statista: Deutschland bei Arbeitszeit im EU-Vergleich weit hinten (Mai 2025)
<https://de.statista.com/infografik/34507/wochenarbeitsstunden-von-beschaeftigten-in-der-eu/>
Wirtschaftsdienst: Teilzeitarbeit von Frauen 2026
<https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2026/heft/4/beitrag/teilzeitarbeit-von-frauen-auswirkung-finanzieller-fehlanreize-und-reformoptionen.html>

Fakt 10:

IGES: Beitragsentwicklung in der Sozialversicherung 2026
https://www.iges.com/ergebnisse/projekte/2026/update-2026-entwicklung-der-sozial-abgaben/index_ger.html
Handelsblatt: 42 Krankenkassen erhöhen Beiträge – Millionen zahlen mehr. (Januar 2026)
Krankenversicherung: 42 Krankenkassen erhöhen Beiträge – Millionen zahlen mehr
<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/krankenversicherung-42-krankenkassen-erhoehen-beitraege-millionen-zahlen-mehr/100187978.html>

Fakt 11:

OECD: Health at a Glance 2025
https://www.oecd.org/en/publications/health-at-a-glance-2025_8f9e3f98-en.html
Statistisches Bundesamt: Gesundheitsausgaben im EU-Vergleich 2023
<https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Gesundheit/Gesundheitsausgaben.html>
OECD: Länderprofil Deutschland Gesundheit 2025
https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2025/12/country-health-profile-2025-country-notes_7e72146d/germany_51f2550b/22c8a438-de.pdf

Fakt 12:

Statista: Staatliches Rentensystem zunehmend unter Druck 2021
Infografik: Staatliches Rentensystem zunehmend unter Druck | Statista

Fakt 13:

aba: Gesetzliche Rentenversicherung: durchschnittliche Rentenbezugsdauer in den alten Bundesländern seit 1960 (Dezember 2025)
<https://www.aba-online.de/grv-durchschnittliche-rentenbezugsdauer>

Fakt 14:

Statista: Konsumtive und investive Ausgaben des Bundes 2025
Konsumtive und investive Ausgaben des Bundes 2025 | Statista
BMF-Monatsbericht (April 2026)
<https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2026/04/Inhalte/Kapitel-3-Wirtschafts-und-Finanzlage/3-3-entwicklung-bundeshaushalt-maerz-2026.html>

Fakt 15:

Bundesbank: Deutsche Staatsschulden wachsen 2025 um 144 Milliarden Euro auf 2,8 Billionen Euro (März 2026)
<https://www.bundesbank.de/de/presse/presse-notizen/deutsche-staatsschulden-992718>
Schuldenuhr Deutschland 2026
<https://schuldenuhr-deutschland.com/>
Bundeshaushalt digital 2026
<https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html>
Deutsche Finanzagentur: Zinszahlungen Bundeshaushalt, Sondervermögen & Darlehensfinanzierungen 2025
<https://www.deutsche-finanzagentur.de/finanzierung-des-bundes/schuldenstatistik/zinsen>

Fakt 16:

OECD: Taxing Wages 2026
https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2026/04/taxing-wages-2026_d1f39986/3a5169ef-en.pdf

Fakt 17:

IW: Die Steuerbelastung der Unternehmen im internationalen und zeitlichen Vergleich 2026
https://files.insm.de/uploads/2026/02/20260217_INSM-Gutachten_Unternehmensteuern_IW.pdf

Fakt 18:

Diegmann, André; Kubis, Alexander (2025): Die Betriebe mussten in den letzten drei Jahren 325.000 Arbeitskräfte zusätzlich einstellen, um die gewachsene Bürokratie zu bewältigen
<https://iab-forum.de/die-betriebe-mussten-in-den-letzten-drei-jahren-325-000-arbeitskraefte-zusaetz...>
ifo Institut: Bürokratie in Deutschland kostet jährlich 146 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung (November 2024)
<https://www.ifo.de/pressemitteilung/2024-11-14/buerokratie-deutschland-kostet-jaehrlich-146-milliarden-euro>
Nationaler Normenkontrollrat: Jahresbericht 2025
https://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/SharedDocs/Downloads/DE/Jahresberichte/2025-jahresbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Fakt 19:

vbw: Internationaler Energiepreisvergleich für die Industrie (November 2025)
<https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Wirtschaftspolitik/2025/Downloads/vbw-Studie-Internationaler-Energiepreisvergleich-2.pdf>
Eurostat: Preise für Elektrizität für Haushaltskunde 2026
https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/hrg_pc_204/default/table?lang=de&category=nrg.nrg_price.nrg_pc
StromAuskunft: Gewerbestrompreise und Industriestrompreise
<https://www.stromauskunft.de/gewerbestrom/gewerbestrompreis/>

Fakt 20:

IW: Nutzung digitaler Medien von Kindern und Jugendlichen (April 2026)
<https://www.iwkoeln.de/studien/christina-anger-julia-betz-axel-pluenecke-nutzung-digitaler-medien-von-kindern-und-jugendlichen.html>

IMPRESSUM

Herausgeber:	INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH, Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Geschäftsführer:	Thorsten Alsleben
Projektleitung:	Dr. Stefan Schöncke
Redaktion:	Michael Weiss Kyra Schmitt
Umsetzung:	Eike Roman Meyer Lennart Briehl
Kontakt:	info@insm.de
Grafische Gestaltung:	INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH
Stand:	April 2026

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzung für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

